

L-02 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 31.10.2019

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Leitantrag zum Thema Klimaschutz

1 **Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen**

2 „Es sind die Städte, wo der Kampf um das Klima weitestgehend gewonnen oder verloren wird“

3 António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen

4 In Berlin jagt ein Rekord-Hitze-Jahr das nächste, die Bäume bekommen zu wenig Wasser und
5 wenn es dann regnet, fällt oft so viel Niederschlag, dass er durch die versiegelten
6 Stadtflächen kaum aufgenommen werden kann. Allein im Jahr 2018 sind laut dem Robert-Koch-
7 Institut mehr als 800 ältere Menschen an der Hitzewelle in Berlin und Brandenburg gestorben.
8 Das sind nur die spürbarsten Auswirkungen der Klimakrise, die nun auch Berlin erreicht. Doch
9 Berlin steht nicht allein da. Weltweit sind die Folgen des Klimawandels verheerend. Die
10 Gletscher schmelzen rapide, die Dürren in der Sahelzone sind länger denn je und die
11 Permafrostböden in der Tundra tauen immer schneller auf. Das Artensterben hat
12 erdgeschichtliche Dimensionen angenommen und immer mehr Inseln und Küstenregionen werden
13 Opfer eines steigenden Meeresspiegels. Das Zeitfenster, noch schlimmere Folgen durch die
14 Klimakatastrophe abzuwenden, schließt sich täglich mehr und mehr. Die Klimakrise wird sich
15 nicht nur lokal lösen lassen, aber wir können und müssen aus Berlin dazu beitragen, diese
16 Menschheitsaufgabe zu bewältigen. Wer heute vernünftig ist, weiß, dass wir radikal handeln
17 müssen, um unsere Lebensgrundlage noch zu retten.

18 Das, und nicht weniger, ist unser Ziel! Dafür dürfen wir die Verantwortung nicht an andere
19 abschieben, sondern müssen mit voller Kraft auf allen Ebenen Maßnahmen für den Klimaschutz
20 ergreifen. Aber statt beherzt anzupacken, legt die Bundesregierung ihre Hände in den Schoß.
21 Das sogenannte Klimapaket ist den Namen nicht wert, den es trägt. Ohne einen schnellen,
22 ehrlichen CO₂-Preis wird Klimaschutz konterkariert. Ohne Maßnahmen zur energetischen
23 Modernisierung von Gebäuden und einen schnellen Kohleausstieg brauchen wir von Klimaschutz
24 gar nicht zu sprechen. Und ohne eine Abkehr von der Massentierhaltung ist das Label
25 Klimaschutz auf dem Paket nur ein Etikettenschwindel. Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist
26 das aber kein Grund, nur mit dem Finger auf den Bund zu zeigen. Wir werden die
27 Verantwortung, die wir hier tragen, auch weiterhin annehmen. Wir wollen und werden handeln,
28 sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene. Dabei werden wir uns nicht mit einzelnen,
29 symbolischen Maßnahmen zufriedengeben, sondern wollen vor allem strukturelle Änderungen in
30 Angriff nehmen. Denn die viel zu oft angeführten „Sachzwänge“ sind bei genauerer Betrachtung
31 meist auf strukturelle Fehler zurückzuführen. Deshalb ist es entscheidend, dass wir die
32 Strukturen und Verfahren so verändern, dass sie dauerhaft für eine sozial-ökologische
33 Transformation arbeiten und klimaschädliches Verhalten bestrafen. Denn wir meinen es ernst
34 mit dem Klimaschutz.

35 Klimaschutz ist für uns kein neues Modethema, sondern entscheidend, um eine lebenswerte
36 Zukunft für uns und nachfolgende Generationen zu schaffen. Wir stehen hier auch in der
37 Verantwortung gegenüber den Menschen im globalen Süden, die weniger zur Klimakatastrophe
38 beigetragen haben, aber noch stärker von ihr betroffen sind. In diesem Wissen haben wir uns
39 schon 2016 mit dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag in Berlin hohe Ziele für konsequenten
40 Klimaschutz in Berlin gesetzt, die wir Schritt für Schritt abarbeiten – vor Augen haben wir
41 dabei das viel größere Ziel, den nötigen, umfassenden Umbau unserer Gesellschaft und unserer

42 Stadt. Mit Deutschlands erstem Mobilitätsgesetz bauen wir Berlin sukzessive zu einer
43 nachhaltigen Stadt um. Klimafreundliche Mobilität und schwächere Verkehrsteilnehmer*innen
44 haben bei uns Vorfahrt. Für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs stellen wir 28
45 Milliarden Euro zur Verfügung. Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der
46 Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine
47 völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend
48 überflüssig macht.

49 Mit einer Grünbauoffensive wollen wir auch im neuen Doppelhaushalt ein klares Signal setzen,
50 dass Klimaschutz kein Luxus ist, sondern existentiell für Wohlbefinden und
51 Überlebensfähigkeit. Denn alle Menschen müssen sich Klimaschutz leisten können. Mit der
52 Charta für das Berliner Stadtgrün entwickeln wir einen Leitplan, um das Stadtgrün zu
53 schützen und zu pflegen und haben dafür bereits im letzten Haushalt die Mittel um mehr als
54 150 Prozent erhöht. Bei der Regenwasserbewirtschaftung haben wir einen Paradigmenwechsel
55 eingeleitet, der Berlin zur Schwammstadt macht. Und mit dem Berliner Energie- und
56 Klimaschutzprogramm (BEK) haben wir den Fahrplan zu einer klimaneutralen und
57 klimaangepassten Stadt festgelegt. Wir bauen das Stadtwerk aus und stellen die Berliner
58 Busflotte auf Elektro um. Wir steigen schrittweise bis 2030 aus der Kohleverstromung aus und
59 beweisen damit, dass dies selbst bei einer kohlekraftbasierten Wärmeversorgung möglich ist.
60 Und mit einer umfassenden Ernährungsstrategie und der Kantine Zukunft Berlin beginnen wir,
61 die Ernährungswende in Berlin Wirklichkeit werden zu lassen. All das sind Schritte auf dem
62 Weg zu einer Stadt, die klimaneutral ist, die mit der Natur funktioniert, nicht gegen sie,
63 und die dadurch den Berliner*innen mehr Lebensqualität gibt. Eine solche Stadt gibt es
64 bislang weltweit nicht. Wir treten an, um die guten Ansätze, die weltweit ausprobiert
65 werden, in Berlin zusammen zu führen und zu beweisen, dass Metropole, Nachhaltigkeit und
66 Lebensqualität zusammengehören.
67 Wir haben viele konkrete Schritte eingeleitet, doch das reicht uns noch lange nicht. Wir
68 brauchen mehr!

69 **Klimavorbehalt jetzt!**

70 Um Klimaschutz wirklich in den Strukturen zu verankern, müssen wir die klimapolitischen
71 Folgen aller politischen Entscheidungen abschätzen und abwägen. Deshalb müssen die
72 Klimafolgen ein wichtiges Kriterium für politische Entscheidungen werden. Dazu ist in einem
73 ersten Schritt mehr Transparenz über die Klimarelevanz politischer Entscheidungen und eine
74 Klimafolgenabschätzung nötig. Um dies dauerhaft in den Strukturen zu verankern, wollen wir,
75 dass die zu erwartenden CO₂-Emissionen der öffentlichen Verwaltung ausgewiesen werden.
76 Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe und alle Senatsverwaltungen müssen bei ihren
77 Entscheidungen das Klima im Blick haben. Neben dem Klimavorbehalt wollen wir prüfen,
78 inwieweit auch Klima-Monitoring in Berlin eingesetzt werden kann, um dauerhaft und
79 strukturell die Belastung des Klimas zu evaluieren. Das vom Bündnis für Klimaschutz der
80 Kommunen entwickelte Monitoringsystem BSKO, das bereits in Charlottenburg-Wilmersdorf
81 angewandt wird, kann hier als Vorbild dienen. Es ist entscheidend, dass Zahlen und Fakten,
82 wie wirkungsvoll Klimaschutzmaßnahmen sind, auch veröffentlicht werden. Darüber hinaus
83 streben wir ein Klimabudget nach Osloer Vorbild an. Damit würde Berlin nicht nur ein
84 Jahresziel, sondern eine CO₂-Emissionsobergrenze bekommen, deren Aufteilung und Überwachung
85 von einer mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Energie- und
86 Klimaverwaltung übernommen wird.

87 **Aus den Bezirken heraus das Klima retten!**

88 Für uns spielen beim Klimaschutz die Bezirke, die konkret vor Ort Berlin gestalten, eine
89 zentrale Rolle. Deshalb fordern wir mindestens eine*n Klimaschutzmanager*in pro Bezirk,
90 die*der effektiv in die Strukturen der Verwaltung eingegliedert werden muss, und mit

91 konkreten Aufgaben betraut werden soll. Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der
92 Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen.

93 Wir wollen die Bezirke dazu befähigen, aktiv für die Entsiegelung der Böden und somit für
94 eine atmende Stadt zu sorgen. Dafür müssen die bezirklichen Energiemanager*innen endlich
95 gestärkt und eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden. Was wir
96 heute bauen, wird auch noch in den nächsten Jahrzehnten Berlin prägen. Daher ist es
97 entscheidend, dass alle, die jetzt neu bauen, auch wissen, was ökologisch machbar und
98 notwendig ist, welche Materialien zur Verfügung stehen und welche Fördertöpfe es gibt.
99 Maßnahmen gibt es viele, doch oft fehlt schlicht das Wissen.

100 Darüber hinaus wollen wir die Haushalte der Bezirke, die durch die Kosten-und-Leistung-
101 Rechnung (KLR) geprägt sind, nachhaltig umgestalten. Wir fordern, dass Klimaschutz Einzug in
102 die KLR-Berechnung der Bezirke nimmt. Bezirke, die faire und ökologische Produkte
103 beschaffen, die ihre Gebäude sanieren und Grünflächen pflegen, dürfen dafür nicht länger
104 finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft und
105 konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden.

106 Wir müssen die Bezirke in die Lage versetzen, sich gut und gründlich um ihr Grün kümmern zu
107 können. Dafür ist es entscheidend, dass insbesondere die Grünflächenämter finanziell und
108 personell gut ausgestattet sind und dass die Zahlung für die Pflege und Neupflanzung der
109 Bäume deutlich erhöht wird. Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit
110 Berlin weiter grün aufblüht.

111 In den Berliner Bezirken wächst eine vielfältige Landschaft spannender Initiativen für eine
112 nachhaltige Ernährung: gläserne Küchen, urbane Gärten, Verteilnetze der solidarischen
113 Landwirtschaft, Verarbeitung geretteter Lebensmittel – sie und viele andere wirken vor Ort.
114 Bündnis 90/Die Grünen Berlin fördern und unterstützen diese Initiativen, z.B. durch die
115 Einrichtung von LebensMittelpunkten in den Berliner Kiezen. Dort sollen Räume für
116 Initiativen und kleine Unternehmen entstehen, um Lebensmittel zu lagern, zu verteilen und
117 weiter zu verarbeiten. LebensMittelpunkte sollen auch Orte der Begegnung, des gemeinsamen
118 Kochens und des Austauschs werden.

119 Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf E-Mobilität umbauen und es
120 ermöglichen, endlich auch Dienstfahrräder anzubieten.

121 Indem wir die Bezirke beim Klimaschutz stärken und besser ausstatten, ermöglichen wir
122 wegweisende strukturelle Veränderungen, die dauerhaft wirken und nachhaltig eine
123 Klimaschutzpolitik von unten heraus befördern.

124 **Berlin geht voran: Raus aus der Kohle, rein in die Erneuerbaren**

125 Berlin wird bis 2030 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen. Bereits 2017 haben wir
126 das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz genommen und stoßen so jedes Jahr 600.000 Tonnen CO₂
127 weniger aus. Auch die Abschaltung des Steinkohlekraftwerks Reuter ist ein großer Schritt und
128 verringert den Berliner CO₂-Ausstoß um 400.000 Tonnen. Damit haben wir in dieser
129 Legislaturperiode zwei von anfangs noch vier verbliebenen Kohlekraftwerken vom Netz
130 genommen.

131 Aber auch der Kohleausstieg muss verantwortlich organisiert werden. Wir müssen die Strom-
132 und die Wärmeversorgung der Stadt sicherstellen. Dazu gehört, dass wir das Berliner
133 Fernwärmenetz – eines der größten Europas – nachhaltig und ökologisch umbauen. Dies ist
134 entscheidend, denn die Produktion von Wärme erzeugt mit großem Abstand das meiste CO₂ in
135 Berlin. 18 Prozent des gesamtberliner CO₂-Ausstoßes ist verschuldet durch die jährliche
136 Verfeuerung von 1,2 Millionen Tonnen Steinkohle. Damit muss so schnell wie möglich Schluss
137 sein.

138 Zusammen mit Vattenfall hat unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther eine Studie
139 vorgelegt, die aufzeigt, dass und wie wir bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen
140 können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet
141 werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas
142 zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive
143 mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir
144 effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf
145 nicht konterkariert werden und wir wollen die Müllverbrennungsmenge nicht über den Status
146 Quo ausweiten. Deshalb muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und
147 Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben
148 werden. Zur Initiierung, Umsetzung und Begleitung entsprechender Pilotprojekte werden wir
149 die Energieverwaltung weiter stärken. Um die vorhandenen Erneuerbaren Energienpotentiale
150 besser und schneller zu nutzen und den Kohleausstieg zu meistern, sollte die energetische
151 Modernisierung der Gebäude konsequent und sozialverträglich vorgebracht werden. Um die
152 Integration Erneuerbarer Energien und Abwärme in die Wärmenetze voranzutreiben, fordern wir
153 darüber hinaus den Senat auf, für die zukünftige Wärmeversorgung die Berliner Potentiale
154 emissionsarmer Wärmeerzeugung kontinuierlich und intensiv zu analysieren.

155 Wir wollen weiterhin den kommunalen Einfluss auf die Energienetze stärken, um Potentiale für
156 Sektorkopplung und Flexibilisierung des Energiesystems besser zu nutzen und Einnahmen in
157 eine nachhaltig versorgte Stadt zu reinvestieren. Neben der Fortführung der
158 Rekommunalisierungsverfahren werden wir auch Gespräche mit den derzeitigen
159 Netzbetreiber*innen führen, um den gemeinsamen Nutzen für eine nachhaltige und
160 sozialverträgliche Energiewende zu identifizieren und sie insbesondere auf eine
161 gesamtstädtische Energieplanung zu verpflichten.

162 Wenn wir die Zukunft unsere Lebensgrundlage nicht aufs Spiel setzen wollen, müssen wir den
163 Wärme- und Energieverbrauch in unseren Häusern erheblich reduzieren. Auch die Wärmeerzeugung
164 jenseits des Fernwärmenetzes müssen wir in den Blick nehmen. Deshalb haben wir mit dem BEK
165 auch ein Förderprogramm zum Abwracken alter Ölheizungen aufgelegt und werden erneuerbare
166 Wärme deutlich stärker fördern. Wir werden ein Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz erarbeiten,
167 wodurch wir gewährleisten, dass beim Neubau und beim Austausch von Heizungsanlagen die
168 künftig produzierte Wärme zu einem vorgegebenen Anteil durch erneuerbare Energien gedeckt
169 wird.

170 Dazu haben wir bereits die Beratung für die energetische Quartierssanierung auf den Weg
171 gebracht. So ermöglichen wir eine gemeinschaftliche ökologische Versorgung mit Wärme, die
172 energieeffizienter und günstiger ist als isolierte Einzellösungen. So kann örtlich erzeugte
173 Wärme aus verschiedenen regenerativen Quellen in Nahwärmenetze eingespeist, mit Speichern
174 verknüpft und lokal verteilt werden – ob Solarthermie, Abwärme, Abwasserwärme, Geothermie
175 oder Power2Heat aus Stromüberschüssen oder Kraft-Wärme-Kopplung. Darüber hinaus fördern wir
176 auch seit Anfang Oktober über das Förderprogramm „Energiespeicher PLUS“ Stromspeicher mit bis
177 zu 15.000 Euro.

178 Für uns ist es auch zentral, dass Berlin seinen Beitrag bei der Erzeugung von ökologischem
179 Strom stärker wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten
180 Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen
181 zur Pflicht machen. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell
182 befördert der Ausbau an Photovoltaik-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik-
183 Anlage die Begrünung von Dächern oder Fassaden nicht aus, sondern potenziert den Nutzen.
184 Auch den Mieterstrom werden wir deutlich ausbauen. Die bisherigen Mieterstrom-Projekte des
185 Berliner Stadtwerks versorgen schon in über 6.000 Haushalten die Mieter*innen mit CO₂-
186 sparendem Photovoltaik-Strom.

187 Für uns ist klar: Die öffentlichen Gebäude müssen als Vorbild dienen und vorangehen. Wir
188 setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung bei der Errichtung von
189 Photovoltaik-Anlagen auf landeseigenen Gebäuden gestrichen wird, damit in Zukunft
190 unbürokratisch und überall auch ökologischer Strom erzeugt werden kann. Der von unserer
191 Energiesenatorin Ramona Pop angestoßene „Masterplan Solar City“ hat gemeinsam mit vielen
192 Akteur*innen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft eine ganze Reihe von strukturellen
193 Hemmnissen identifiziert, die wir nun angehen bzw. beseitigen müssen und wollen. Im Rahmen
194 der Implementierung des Masterplans Solar City wollen wir auch mehr Photovoltaik-Anlagen auf
195 Gebäuden errichten, die im Eigentum von natürlichen Personen oder Unternehmen sind. Mit der
196 Novelle des Berliner Energiewendegesetzes werden wir nicht nur die Klimaziele von Paris für
197 das Land verpflichtend machen, sondern den Klimaschutz so in den Strukturen verankern, dass
198 endlich alle Ressorts dazu beitragen. Und wir nehmen die landeseigenen Unternehmen stärker
199 in die Pflicht: Wir wollen, dass alle Unternehmen einen Fahrplan aufstellen, wie sie
200 möglichst schnell klimaneutral wirtschaften können. Uns reichen nicht ein paar wenige
201 Photovoltaik-Anlagen auf Berlins Dächern. Mit der reformierten Bauordnung, der Abschaffung
202 der Wirtschaftlichkeitsprüfung, der Novelle des Energiewendegesetzes und dem „Masterplan
203 Solar City“ wollen wir die Strukturen so verändern, dass sie dauerhaft zu mehr PV-Anlagen
204 führen.

205 Mit unserem Beschluss „[Berliner Sonne – Die Energie der Zukunft!](#)“ haben wir darüber hinaus
206 noch viele weitere Maßnahmen beschlossen, damit Berlin zur Hauptstadt der Erneuerbaren
207 Energien wird.

208 **Bauen wir die Zukunft**

209 Nach wie vor sind Gebäude und vor allem die Wärmeerzeugung der größte CO₂-Erzeuger in
210 Berlin. Wir müssen daher bei Neubauten von vornherein alle Möglichkeiten ausschöpfen, um CO₂
211 zu binden, durch ökologische Standards bei den Baustoffen gar nicht erst zu erzeugen bzw.
212 immer weiter zu reduzieren und die Lebenszyklen von Gebäuden mitbedenken.

213 Die Häuser und Quartiere, die wir heute planen und bauen, prägen unser Stadtbild und unsere
214 Lebensqualität für die nächsten Jahrzehnte. Deshalb müssen sie ökologisch, klimaneutral und
215 nachhaltig angelegt werden. Wir setzen beim Bau neuer Gebäude und bei der Modernisierung auf
216 ökologische, energieeffiziente, Umwelt und Klima schützende Baustoffe wie Holz, Lehm,
217 Naturstein oder Recyclingbeton. Mit der Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen
218 Beschaffung haben wir für die öffentlichen Bauvorhaben bereits eine wichtige Weiche
219 gestellt. Wir wollen darüber hinaus ein Förderprogramm bzw. verpflichtende Vorgaben für
220 landeseigene Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften für den Holzbau und den Aufbau eines
221 Holzbaucusters, damit diese Schritt für Schritt dazu verpflichtet werden, Mindestquoten
222 beim Holzbau zu erfüllen. Auch für Recyclingbeton fordern wir Mindestquoten, u.a. bei allen
223 Neubauten. Leitkonzepte zur Regenwasserbewirtschaftung und Hitzeanpassung machen größere
224 Wohnungsbauvorhaben klimafest.

225 In den neuen Stadtquartieren muss flächensparend und umweltgerecht gebaut werden. Die Nähe
226 von Wohnraum und Arbeitsplätzen sowie Infrastruktur für Bildung und Kultur, Naherholung und
227 Versorgung ist wichtig, da sie nicht nur ihren Teil zur besseren Klimabilanz beiträgt,
228 sondern auch die Lebensqualität der Bewohner*innen erhöht. Quartiere, die wir jetzt planen,
229 müssen von Beginn an autoarm und klimaneutral konzipiert werden, gut mit Rad, Bus und Bahn
230 erreichbar sein und Komfort für Fußgänger*innen bieten. Bei landeseigenen Gebäuden und
231 Infrastrukturmaßnahmen müssen ökologische Standards bindend sein und zwingend umgesetzt
232 werden. Dafür stellen wir für alle landeseigenen Gebäude verbindliche Sanierungsfahrpläne
233 auf und preisen den Klimaschutz bei Kosten-Nutzen-Betrachtungen zum CO₂-Schadenspreis ein.
234 Gleiches gilt für die Wohnungsbestände der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und alle
235 Gebäude der landeseigenen Betriebe. Die öffentliche Hand hat hier Vorbildcharakter und muss

236 die Umsetzung guter Lösungen aktiv und wirkungsvoll vorantreiben. Um die Ziele zu erreichen
237 müssen wir Strukturen und Vorschriften, die Klimaschutz und Klimaresilienz befördern, fest
238 in den Bebauungsplänen integrieren. Auch bei städtebaulichen Rahmenverträgen, Wettbewerben
239 oder anderen Instrumenten müssen klimaschützende Maßnahmen zentrale Entscheidungsmerkmale
240 sein.

241 Um ökologisches und energetisch nachhaltiges Bauen dauerhaft und strukturell zu fördern,
242 werden wir die breiten Erkenntnisse zur zeitgemäßen Bauweise in einem Informationszentrum
243 für energetisches, sozialverträgliches und nachhaltiges Bauen und Modernisieren öffentlich
244 zugänglich machen. Wir wollen ein Bauinformationszentrum, das eine breite Beratung von
245 öffentlichen und privaten Eigentümer*innen jeglicher Größe und Couleur sicherstellt.
246 Wichtige Aktivitäten sind die Kommunikation und die Vernetzung der Akteur*innen, die
247 anwendungsorientierte Forschung (unter Nutzung der Berliner Hochschul- und
248 Forschungslandschaft) und die Begleitung und Dokumentation von Projekten und Vorhaben. Mit
249 der Eröffnung des SolarZentrums haben wir einen ersten Baustein im Energiebereich bereits
250 geschaffen.

251 Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss jedoch vor allem die energetische Modernisierung der
252 Gebäude im Bestand in Angriff nehmen. Das derzeitige Tempo ist zu gering und der Umfang und
253 die Qualität der Maßnahmen reichen längst nicht aus, um die Klimaschutzziele 2030 zu
254 erreichen. Zudem werden häufig nicht einmal die vorausgerechneten Energieeinspareffekte
255 durch die Modernisierungen erreicht.

256 Fest steht, dass wir unsere Anstrengungen vervielfachen müssen, um den Zielen des Pariser
257 Klimaschutzabkommens gerecht zu werden. Wir wissen: Dazu müssen wir die verschiedenen
258 Hauseigentümer*innen gewinnen. Dabei setzen wir auf eine Mischung aus aktivierender
259 Beratung, bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten und ordnungsrechtlicher Verpflichtung zu
260 einfach umsetzbaren und rasch erfolgversprechenden Maßnahmen sowie zur Erstellung von
261 verbindlichen Modernisierungsfahrplänen für weitere Schritte.

262 Dem Land Berlin kommt bei der energetischen Gebäudemodernisierung der eigenen Bestände eine
263 Vorbildrolle zu. Das gilt nicht nur für öffentliche Gebäude, sondern auch für die
264 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Wir setzen uns deshalb dort für
265 Modernisierungskonzepte ein, die konsequenten Klimaschutz und Sozialverträglichkeit sowie
266 Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden.

267 Bei der Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich brauchen wir eine gerechte
268 Lastenteilung zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und der öffentlichen Hand. Dazu bedarf
269 es endlich einer Reform des Mietrechts auf Bundesebene, denn das derzeitige System, das die
270 Kosten energetischer Modernisierungen im Mietwohnungsbestand komplett auf die Mieter*innen
271 abwälzt, ist mehr als unsozial. Zudem führt die Modernisierungsumlage, die der
272 Bundesgesetzgeber vorschreibt, zu keiner ökologischen Steuerung und wird oft für
273 Mietsteigerungen durch die Hintertür bis hin zum „Herausmodernisieren“ weniger-
274 zahlungskräftiger Bewohner*innen missbraucht. Bündnis 90/Die Grünen Berlin fordert deshalb
275 ein Drittelmodell, das neben den Mieter*innen auch die Vermieter*innen an der Finanzierung
276 der Kosten beteiligt. Entscheidend wird dabei sein, die Kosten für die Mieter*innen
277 überschaubar und kalkulierbar zu halten. Der Weg, den Berlin hier im Zuge des Mietendeckels
278 geht, kann hier vorbildlich sein, denn gerade die Umlage auf die Mieter*innen muss gedeckelt
279 werden.

280 Wir denken Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammen. Für uns ist klar, dass der Mietendeckel
281 das Problem der bisher zu niedrigen Sanierungsrate nicht lösen kann, jedoch darf er auch
282 nicht dazu führen, dass sinnvolle energetische Sanierungen ausgebremst werden. Deshalb haben
283 wir ein neues Umlagesystem durchgesetzt, das dafür sorgt, dass sich neben den Mieter*innen,
284 auch Vermieter*innen und das Land Berlin an den Kosten beteiligen und die Umlage auf die

285 Mieter*innen auf maximal ein Euro pro Quadratmeter gedeckelt ist. Um dies auch wirklich
286 umsetzen zu könne, muss das dazugehörige Förderprogramm deutlich aufgestockt und verbessert
287 werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit
288 geringen Einkommen unterstützt werden, die Kosten für die energetische Modernisierung zu
289 tragen. Damit wird in Berlin schon bald das faire Drittelmodell Wirklichkeit. Für bereits
290 energetisch modernisierte Wohnungen setzen wir uns zudem auf Bundesebene für einen
291 Klimazuschuss zum Wohngeld sowie generell für eine echte Härtefallregelung ein, damit sich
292 auch Haushalte mit geringen Einkommen diese Wohnungen leisten können.

293 **Verkehrswende ist Klimawende**

294 Neben den Gebäuden ist der Verkehr der zweitgrößte Verursacher von CO₂ in Berlin. Daher ist
295 die Verkehrswende nicht nur geboten, um Berlin lebenswerter zu gestalten, den Verkehr
296 sicherer zu machen und eine faire Verteilung des öffentlichen Raums zu erreichen, sondern
297 auch, um die Klimakatastrophe noch abzuwenden.

298 Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert
299 werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes
300 ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer
301 Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen
302 Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster.
303 Dies wollen wir gestalten und steuern.

304 Wir wollen alles unternehmen, um den Umstieg vom Auto aufs Rad, in Bus oder Bahn oder auf
305 die eigenen zwei Beine zu befördern. Mit einem umfassenden Radverkehrsnetz, mit geschützten
306 Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit
307 dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln attraktiver.

308 Mit einer Übernachtungsabgabe wollen wir, dass alle Tourist*innen für die Zeit ihres
309 Aufenthaltes automatisch ein Ticket für den ÖPNV erhalten. Wir halten auch am Ziel der
310 Einführung eines Barentickets fest, wodurch alle Berliner*innen durch eine solidarisch
311 gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können,
312 und werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.
313 Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir vorantreiben und uns dafür
314 einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland
315 einen angemessenen Preis erhält. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden
316 Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit
317 der Anschaffung von mehr und besseren S- und U-Bahn-Wagen, dem Ausbau der Tram-Linien und
318 einer besseren Taktung, gerade bei den Buslinien in den Außenbezirken, werden wir das
319 Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es kein Verzicht, sondern ein Gewinn an
320 Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen. Dabei setzen wir besonders auf den
321 Ausbau der Tramlinien und unterstützen die Ziele des Bündnisses „Pro Straßenbahn“. Bis 2030
322 wird der gesamte öffentliche Nahverkehr elektrisch betrieben – auch das ist eine lohnende
323 Investition in den Klimaschutz.

324 Alltagswege wollen wir kurz, angenehm und sicher gestalten, damit sie klimaschonend zu Fuß
325 zurückgelegt werden können. Fußverkehrsfreundliche Ampelschaltungen, mehr Zebrastreifen und
326 ein konsequenteres Vorgehen gegen Falschparker*innen sollen dazu beitragen. Dazu wollen wir
327 uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Strafen für Falschparken, gerade auf Fuß- oder
328 Radwegen oder gar auf Baumscheiben und Grünflächen, auf mindestens 100 Euro deutlich zu
329 verteuern und das Abschleppen schneller durchzuführen. Auch Sharing-Angebote haben auf den
330 Fußwegen nichts zu suchen. Hier werden wir dafür sorgen, dass Abstellflächen auf der Straße
331 oder auf Parkplätzen geschaffen werden.

332 Neben dem bereits erarbeiteten Kapitel zum Rad- und Fußverkehr werden wir das
333 Mobilitätsgesetz auch um einen Teil zum Wirtschaftsverkehr erweitern. Um die Straßen zu
334 entlasten, ist es für uns zentral, die Auslieferung von Paketen zu zentralisieren und
335 dauerhaft auf Lastenräder umzustellen. Erste Projekte, die ausgehend von zentralen
336 Lagerstellen die Anwohner*innen mit Lastenrädern beliefern, haben wir schon initiiert und
337 wollen sie immer weiter ausbauen. Darüber hinaus muss auch der Lieferverkehr für den
338 Einzelhandel und Supermärkte besser strukturiert und gesteuert werden, damit wir die Straßen
339 weiter entlasten. Gerade die Digitalisierung bietet hier viele Möglichkeiten. Und wir
340 unterstützen die Unternehmen beim Umstieg auf die Elektromobilität. Mit dem Förderprogramm
341 „Welmo“ (Wirtschaftsnahe Elektromobilität) wurden bereits zusätzlich über 400 Ladepunkte
342 geschaffen.

343 Kurzfristig wollen wir durch autofreie Sonntage und mehr Spielstraßen für Kinder die Kieze
344 vom Autoverkehr entlasten und die Lebensqualität steigern. Darüber hinaus wollen wir prüfen,
345 wie wir nach dem Vorbild von Wien oder Paris in den heißesten Monaten ausgewählten Straßen
346 auch hitzefrei geben können, um dort für Abkühlung und Erholung zu sorgen. Dies kann jedoch
347 nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen
348 und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug
349 mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf.

350 **Klimaschutz beginnt beim Essen**

351 Nicht nur durch Wärme und Verkehr erzeugen wir CO₂, sondern auch durch unsere Ernährung. Mit
352 unseren Kaufentscheidungen und Ernährungsgewohnheiten tragen wir Verantwortung dafür, wie
353 viel der klimaschädlichen Emissionen CO₂, Methan und Lachgas durch Massentierhaltung,
354 konventionellen Ackerbau und Transport von Lebensmitteln verursacht werden. Als größte
355 Verbraucherstadt Deutschlands haben wir es in der Hand, für eine klimafreundliche
356 Landwirtschaft zu sorgen. Deshalb geht für uns Klimaschutz nur Hand in Hand mit einer
357 Ernährungswende. Dazu gehört auch ein radikaler Wandel in der Gemeinschaftsverpflegung. In
358 Berlin haben wir dafür die Kantine Zukunft Berlin nach dem Vorbild des Kopenhagener House of
359 Food auf den Weg gebracht. Diese soll neben der Bereitstellung von Informationen vor allem
360 die öffentlichen Kantinen in den Berliner Verwaltungen, Krankenhäusern, Schulen, den Kitas
361 und anderen staatlichen Einrichtungen beraten und dabei unterstützen, Schritt für Schritt
362 das Angebot so umzustellen, dass deutlich mehr regionale, ökologische und vegan-vegetarische
363 Produkte angeboten werden. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Land
364 Brandenburg. Als größte deutsche Stadt kann Berlin mit einer Umsteuerung der
365 Gemeinschaftsverpflegung hin zu regionalen, saisonalen und ökologischen Produkten einen
366 erheblichen Einfluss auf die Lebensmittelproduktion in der Region nehmen. Die
367 Ernährungswende in Berlin und die Agrarwende in der Region hängen eng zusammen.

368 Mit der Ernährungsstrategie, die derzeit in einem partizipativen Prozess mit der
369 Stadtgesellschaft erarbeitet wird, legen wir den Grundstein für den Weg hin zu einem
370 nachhaltigeren, urbanen Ernährungssystem. Wir bündeln in dieser Strategie Ziele, Maßnahmen
371 und Visionen, nehmen Impulse aus der Gesellschaft auf und unterstützen die gesellschaftliche
372 Bewegung, die eine Ernährungswende hin zu mehr saisonal, regional und biologisch
373 produzierten Lebensmitteln fordert. So schaffen wir Strukturen, die dauerhaft für eine
374 Ernährungswende arbeiten.

375 Wir wollen aber auch, dass weniger Essen weggeschmissen wird. Gerade Supermärkte sind hier
376 in der Verantwortung, neue Wege zu gehen. Dass das Mitnehmen von weggeschmissenem Essen, das
377 sogenannten Containern, noch unter Strafe steht, ist nicht nachvollziehbar. Daher begrüßen
378 wir die Bundesratsinitiative unseres Landwirtschaftssenators Dirk Behrendt, dieses zu
379 legalisieren, und treten darüber hinaus für ein gesetzliches Wegwerfverbot von Lebensmitteln
380 bei Supermärkten ein.

381 Durch eine strukturelle Veränderung bei den auswärtigen Essensangeboten durch die Kantine
382 Zukunft Berlin und eine deutliche Verringerung von weggeworfenem Essen schaffen wir den
383 strukturellen Einstieg in die Ernährungswende und werden dauerhaft für den Klimaschutz
384 Erfolge erreichen.

385 **Berlin muss grüner werden**

386 Bäume binden CO₂ und Grünflächen tragen dazu bei, dass Wasser versickern kann und so die
387 Stadt gekühlt und Pflanzen mit Nahrung versorgt werden. Blumen stellen die Nahrungsquelle
388 für Insekten und Bienen dar. Mehr und besseres Grün trägt dabei also nicht nur zu einer
389 besseren Lebensqualität bei, sondern rettet auch das Klima.

390 In unserem [Beschluss „Grün statt Grau“](#) haben wir dazu bereits ausführlich Stellung bezogen.
391 Zentral bleibt dabei für uns, dass wir nicht nur vorhandene grüne Oasen – die Parks, die
392 Freiflächen, Wälder, Naturschutzgebiete und Freiräume – schützen, sondern auch dafür Sorge
393 tragen, dass das Grün in der Stadt weiter wächst. Wir wollen, dass Grünflächen und
394 Grünverbindungen in Berlin ein vitales Netz ergeben. Seien es Hinterhöfe oder Dächer, seien
395 es Parkplätze oder Vorplätze – noch immer gibt es riesige Potenzialflächen, die entsiegelt
396 und begrünt werden können. Damit dauerhaft das Grün in der Stadt wächst, müssen wir den
397 Ankauffonds ausweiten und noch mehr Flächen ankaufen, die für Flora und Fauna reserviert
398 werden. Und wenn durch Neubauten Grün verdrängt wird, muss es an anderer Stelle in Berlin
399 wieder entstehen. Dabei ist entscheidend, dass Ausgleichszahlungen nur im absoluten
400 Ausnahmefall möglich sind. Mit dem Ökokonto verändern wir die Strukturen dauerhaft so, dass
401 das Land Berlin Stadtgrün und Biotopflächen schon vorab qualitativ hochwertig und
402 zusammenhängend entwickeln kann und diese im Nachhinein durch verschiedene Bauherr*innen
403 refinanziert werden. So beschleunigen wir diesen Prozess enorm und schaffen einen
404 Systemwechsel, bei dem auch die ökologische Qualität bei den Ausgleichsmaßnahmen eine
405 entscheidende Rolle spielt.

406 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass es in allen Quartieren genügend Grünflächen für
407 Erholung, Bewegung, Begegnung und Naturerfahrung gibt. Diese sollen auch Platz für
408 standortgerechte Vegetation und Lebensraum für Tiere bieten. Parks und Grünflächen steigern
409 nicht nur die Gesundheit und Lebensqualität, sondern sind auch wichtige Kälte- und
410 Frischluftpuffer. Neben Dachgärten, Fassaden- und Dachbegrünungen müssen deshalb ausreichend
411 öffentliche Spielplätze und Parks eingeplant werden.

412 Dabei stellen uns die Sturm-, Brand- und Dürreschäden der letzten Jahre vor große
413 Herausforderungen, eröffnen aber gleichzeitig auch eine Chance. Das reine Aufforsten der
414 Wälder in altbekannter Art ist keine Option. Mit Blick auf die absehbaren Folgen des
415 Klimawandels brauchen wir einen Umbau der Wälder – auch der Wirtschaftswälder – hin zu einem
416 naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege.

417 Seltene Pflanzen und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um den Genpool zu
418 stärken und die Biodiversität in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich genügend
419 Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und Flüsse,
420 Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an
421 Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher
422 geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und
423 das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden. Naturschutz- und
424 Waldbaumaßnahmen müssen besser mit den Bürger*innen kommuniziert werden, um Akzeptanz für
425 Natur- und Klimaschutzmaßnahmen zu erzeugen. Dazu werden wir Naturwachtstützpunkte und
426 Rangerstellen in den größeren Waldgebieten und Biotopen Berlins einrichten.

427 Mit der Charta für das Berliner Stadtgrün hat die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und
428 Klimaschutz nicht nur eine Debatte über ein grünes Berlin eingeleitet, sondern legt damit

429 konkrete Handlungsmaßnahmen vor, wie wir die Stadt in den kommenden Jahren dauerhaft
430 verändern. Die Vielzahl vorhandener Konzepte für das Grün ist eine gute Grundlage – sei es
431 der Kleingartenentwicklungsplan, die Friedhofsplanung, die Strategie Stadtlandschaft, das
432 Landschaftsprogramm, die Strategie biologische Vielfalt oder der Stadtentwicklungsplan
433 Klima. Entscheidend ist nun, dass über die Charta die vielen guten Planwerke und Strategien
434 mit Leben gefüllt werden und das Stadtgrün durch konkrete Maßnahmen dauerhaft bewahrt und
435 gestärkt wird. Bei diesen Bemühungen ist darauf zu achten, dass im Sinne der
436 Umweltgerechtigkeit vor allem dort das Stadtgrün für benachteiligte Menschen gestärkt und
437 ausgebaut wird, wo Grün- und Erholungsflächen eher Mangelware sind.

438 **Klimaverantwortlich wirtschaften und finanzieren**

439 Was wir konsumieren und kaufen erzeugt CO₂ in anderen Teilen der Welt. Wir stehen auch zu
440 dieser Verantwortung. Deshalb sollen die landeseigenen Unternehmen beispielhaft vorangehen:
441 Wir wollen, dass sie ihre Klimawirkungen in den unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichten
442 transparent machen und einen Fahrplan entwickeln, wie sie möglichst schnell klimaneutral
443 wirtschaften können. Wir fordern den Senat auf, im Rahmen seiner Aufsichtskompetenzen die
444 Erarbeitung eines solchen Fahrplans in den Zielvereinbarungen der Unternehmen zu verankern
445 und die Umsetzung als Teil der variablen Vergütung der Geschäftsleitungen zu vereinbaren.

446 Die Förderbank des Landes Berlin (IBB) soll ihre Förderpolitik soweit wie möglich an den
447 Klimazielen ausrichten. Auch bei der Vergabe von nicht umweltschutzbezogenen Bundes- oder
448 EU-Mitteln soll sie die Klimawirkungen der Endkredite bei ihren Entscheidungen
449 berücksichtigen. Auch hier gilt somit der Klimavorbehalt. Wir verzichten auf die Förderung
450 klimaschädlicher Geschäftsmodelle.

451 Gerade im Kontext des Klimawandels muss Digitalisierung endlich nachhaltig gestaltet werden.
452 Wir fordern langfristig eine Umgestaltung des Lebenszyklus' der Informationstechnologie
453 (IT). Wir wollen die Verlängerung der Nutzungsdauer von IT, um den bisherigen ökologischen
454 Fußabdruck zu reduzieren. Dafür muss sichergestellt werden, dass Anwendungs- und
455 Systemsoftware auch bei Weiterentwicklung und Aktualisierung auf allen Geräten lauffähig
456 bleibt. Die Ausstattung muss auf eine lange Nutzung und Erweiterbarkeit ausgelegt und durch
457 OpenSource gefördert werden. Die Reparatur von Hardware muss für alle zugänglich werden.
458 Deshalb sprechen wir uns für ein Recht auf Reparatur aus – diesem werden wir auf Bundesebene
459 Nachdruck verleihen. Berliner Unternehmen und Institutionen, die hier bereits vorangehen,
460 werden wir unterstützen, diesen Schritt zu wagen.

461 Regulatorische Änderungen im Finanzsystem müssen auf EU- und Bundesebene erfolgen. Aber auch
462 auf Landesebene gibt es Spielräume: Die Altersversorgungsrücklagen des Landes Berlin werden
463 bereits teilweise als nachhaltige Kapitalanlagen bewirtschaftet. Dies wollen wir ausbauen,
464 vor allem durch die Erhöhung des nachhaltig bewirtschafteten Betrags und die Anwendung
465 strengerer Standards, damit aus dem öffentlichen Dienst entstehende Pensionen und Renten
466 nicht mit klimaschädlichen Geschäften erwirtschaftet werden.

467 **Wann wenn nicht jetzt!**

468 Bündnis 90/Die Grünen Berlin sind dem Klimaschutz verpflichtet. Wir stehen zum Pariser
469 Klimaschutzabkommen und werden alles tun, damit Berlin seiner Verantwortung gerecht wird.
470 Mit den beschriebenen Maßnahmen werden wir die Strukturen so verändern, dass wir die sozial-
471 ökologische Transformation konsequent und dauerhaft umsetzen können. Für uns ist klar, dass
472 wir Berlin klimaneutral umbauen müssen – und zwar jetzt! Dabei ist für uns nicht eine große
473 Debatte über Jahreszahlen entscheidend, sondern wie viele Tonnen CO₂ wir einsparen.
474 Entscheidend ist, dass wir radikal vernünftige Maßnahmen so schnell wie möglich
475 implementieren und unser Klima endlich konsequent schützen. Den Rückenwind der Straße werden

476 wir dafür nutzen, um ausgehend von den hohen Zielen im Koalitionsvertrag noch eine deutliche
477 Schippe drauf zu legen.